

# UNSERE WOCHE IM LANDTAG



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ging es Ihnen dieses Jahr auch so? Der 1. Advent kam irgendwie plötzlich. Nicht aus dem Nichts, aber doch fast unerwartet. Weder die Lebkuchen ab August noch die Schoko-Nikoläuse ab September sind mir dieses Jahr in den Geschäften aufgefallen und auch »last Christmas« habe ich heute zum ersten Mal in diesem Jahr bewusst gehört. Das mag bei mir persönlich daran liegen, dass ich zuletzt viel Zeit am Klinikbett meiner Mutter verbracht habe und zu einer Zeit, da sonst die ersten Weihnachtskarten das Haus verließen, leider noch die schwarz umrandeten Dank-sagungskarten darauf warten, mit einem kleinen persönlichen Gruß versehen zu werden.

Aber das für viele von uns Überraschende am Advent mag auch daher rühren, dass wir dieses Jahr einfach

mit anderem befasst sind, mit Sorgen, die wir in dieser Wucht seit Jahrzehnten nicht mehr kannten. Manchmal glaube ich angesichts dieser Sorgen ansatzweise nachfühlen zu können, wie die Menschen Advent in früheren Not- oder Kriegszeiten erlebt haben. Aber dann wird mir schnell wieder klar, wie wenig die Sorge, unsere Schulkinder könnten unter einer Mund-Nasen-Maske Schaden nehmen, mit den Sorgen einer Mutter zu tun hat, die vor 80 Jahren mit ihren Kindern die Nächte im Luftschutzkeller verbracht hat. Und wie erträglich die – mehr als nachvollziehbaren – Existenznöte mancher Selbständiger in der Corona-Krise im Vergleich zu den Erzählungen meines Vaters darüber sind, wie man in Gefangenschaft auf Holzstücken herumkaute, um das Hungergefühl zu dämpfen.

Nun will ich Ihnen hier nicht mit düsteren Gedanken an düstere Zeiten den 1. Advent vermiesen. Im Gegenteil: Ich möchte Sie ermuntern, bei allen Einschränkungen und allen Sorgen dieser außergewöhnlichen Adventszeit auch Positives abzugewinnen. Zum einen die Erkenntnis, dass das Leben weiter geht – solange wir nur gesund bleiben. Zum anderen: So traurig es ist, dass dieses Jahr Weihnachtsmärkte, Weihnachtsfeiern und manches mehr nicht wie gewohnt stattfinden können – das ist auch eine gute Gelegenheit, die Vorweihnachtszeit ganz bewusst in der Familie mit den Liebsten zu erleben, mit etwas weniger Hektik, in etwas mehr heimeliger Ruhe als sonst. Lassen Sie uns das als das Positive dieser schwierigen und schmerzhaften Zeit mitnehmen.

Bleiben Sie vorsichtig! Bleiben Sie zuversichtlich! Bleiben Sie vor allem gesund!

Ihr

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

## RÜCKBLICK

Die **Aktuelle Stunde zum Thema »Gesellschaft in der Krise? Einigkeit statt Egoismus – Fakten statt Fake-news!«**, war ein **Highlight der Woche**. In meinem Redebeitrag habe ich klar gemacht, dass die jüngsten Ereignisse in Leipzig und Berlin zeigen, dass wir zwingend auch darüber nachdenken müssen, was die Pandemie mit unserer Gesellschaft macht. **Derzeit versteht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land als ›Team Bayern‹ und leistet einen bemerkenswerten Beitrag dazu, dass unsere Heimat gut durch die Krise kommt.** Umso frustrierender ist es, wenn eine laute und erkenntnisresistente Minderheit zu Unrecht glaubt, sie sei ›das Volk‹ und könne allen anderen auf der Nase herumtanzen. Aus Sicht der FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es daher einer groß angelegten Kommunikationsoffensive. Politik muss denen, die ihr zuhören, Entscheidungen noch besser erklären. **Wir brauchen aber auch Partner aus der Zivilgesellschaft, die uns dabei helfen diejenigen zu erreichen, die der Politik den Rücken zugekehrt haben.** Weil sich die öffentliche Meinungsbildung im Lockdown aus dem vorpolitischen in den digitalen Raum verlagert hat, brauchen wir zudem eine Transparenzoffensive, die Fakenews dort mit Fakten begegnet, wo sie häufig entstehen: Im Internet. Um eine Erosion der aktuellen Solidarität zu verhindern, müssen wir denen, die sie aus Eigeninteresse torpedieren wollen, klare Kante zeigen. **Und wenn Abgeordnete – wie kürzlich im Bundestag geschehen – Querulanten in die Herzkammer unserer Demokratie einschleusen, ist der Verfassungsschutz gefragt.**

Am Freitag hat es eine **Sonderplenarsitzung mit der fünften Regierungserklärung zur aktuellen Corona-Lage** gegeben. Der Blick auf die Infektionszahlen und in bayeri-



sche Krankenhäuser macht es leider überdeutlich: Wir müssen handeln, wenn wir die Pandemie effektiv eindämmen und nicht nur verlangsamen wollen. Deshalb befürworten wir entsprechende Schritte des Bundes und des Freistaats. Doch **wir müssen in der Pandemie ein permanent lernendes System sein und unsere Handlungen stets überdenken und anpassen.** Ziel ist es, unser Land und die Menschen in Bayern sicher durch diese epochale Krise zu führen. Hierbei müssen wir mit **Augenmaß, Vernunft und Rationalismus** vorgehen, ohne den Bogen zu überspannen. Das sture Beharren auf längst widerlegten Standpunkten ist ein Privileg der Oppositionsparteien, das sich die Regierungsfaktionen FREIE WÄHLER und CSU nicht leisten können. Das Ringen um die beste Lösung zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und unseres Freistaats ist eben keine Schwäche dieser Bayernkoalition, sondern genau ihre Stärke. Sorge bereitet uns allerdings eine laute Minderheit, die die geltenden Schutzmaßnahmen strikt ablehnt. Menschen, die sich weigern, Abstand zu halten und Alltagsmasken zu tragen oder die die Existenz des Virus komplett verleugnen. Die **Freiheit solcher Verschwörungstheoretiker endet jedoch da, wo Gesundheit und Leben anderer in Gefahr sind** und es gilt, sie jeden Tag im persönlichen Gespräch, vor allem aber im Internet zu widerlegen. Mit einer **Expertenrunde ›Corona und Gesellschaft‹ wollen wir uns dieser Herausforderung stellen und den Wandlungsprozess zum Wohle der Menschen im Freistaat mitgestalten.** Wir sind auch fest davon überzeugt, dass die Jahre 2020 und 2021 in die Geschichtsbücher eingehen werden. Ob dann nur als jene Jahre, in denen die Corona-Pandemie

die Welt in ihren Fängen hielt, oder als Zeit, in der **Menschen weltweit solidarisch zusammenstanden**, um die **Weichen für neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen** zu stellen, **das liegt an jedem Einzelnen von uns**. Lassen Sie uns heute beginnen, die Geschichte mit Vorsicht, Umsicht, Augenmaß und Zuversicht zu schreiben!



Auch haben wir in der Sitzung am Freitag einen **Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich mit der neuen Anti-Corona-Strategie auseinandersetzt**. Denn allein vom 24. auf den 25. November 2020 starben binnen 24 Stunden 431 Menschen an Corona. Wenn sich das so fortsetzt, werden mehr Menschen das Weihnachtsfest nicht erleben, als in unserer Münchner Olympiahalle Platz finden. Wir müssen den Lockdown deshalb verlängern und vertiefen. Das war nicht wünschenswert, ist jedoch unausweichlich. Insbesondere im Bereich der Schulpolitik, bezüglich der Hotspot-Strategie oder im Hinblick auf die Fortsetzung der Wirtschaftshilfen wird damit zur bundesweiten Regel, was wir aus dem bayerischen Wirtschafts- und Kultusministerium bereits für Bayern vorgeschlagen hatten. Wir sind froh, dass die **Einschränkungen im Einzelhandel nun geringer ausfallen**, als dies zunächst in Rede stand. Den Entfall der absurden Ein-Kind-Idee bei den Kontaktbeschränkungen begrüßen wird ebenso ausdrücklich wie die **Lockerungen für die Weihnachtszeit, die bayerischen Familien ein würdevolles Fest ermöglichen werden**. Am Ende hängen wir bei der Pandemiebewältigung nämlich nicht einzig von klugen politischen Entscheidungen, sondern insbesondere davon ab, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und vom Mitmachen zu überzeugen. Dazu bedarf es bundesweit einheitlicher Regeln. Dies unter 16 Ländern und Beteiligung aller demokratischen Parteien zu erreichen, kommt ohnehin einer Quadratur des Kreises gleich. Wir sind daher wohlberaten, hiervon nicht auszuscheren, sondern die Homogenität höher zu priorisieren als die Durchsetzung des letzten Details: **Umsicht, Vorsicht plus**

**Zuversicht – das ist die Bayerngleichung, mit der unser Land und seine Menschen gut durch diese Krise kommen.**



Dass die politische Debatte nun weitergeht, freut uns sehr. In den kommenden Plenarsitzungen wird es für die Dauer der Corona-Pandemie eine wöchentliche Regierungsbefragung geben. Mit 710 Anträgen, 469 parlamentarischen Anfragen und 20 Gesetzentwürfen hat sich der Landtag in den letzten Monaten intensiv mit der Bewältigung der Corona-Pandemie auseinandergesetzt. Wir können sagen, dass sich **unser Parlament noch nie in seiner Geschichte in vergleichbarer Zeit ähnlich intensiv mit einem Beratungsgegenstand befasst hat**. Trotzdem gibt es eine Bewegung, deren Protagonisten sich auf perverse Weise in der Tradition von Sophie Scholl oder Anne Frank missverstehen, wenn sie die Menschen glauben machen, wir lebten in einer entparlamentarisierten ›Corona-Diktatur‹. Umso wichtiger ist es, dass Politik ihre Entscheidungen in diesen schwierigen Zeiten noch besser erklärt, um bewusster Desinformation der Bevölkerung durch Fakenews entschlossen entgegenzutreten. Deshalb hat der Ältestenrat heute einstimmig beschlossen, das Angebot des Ministerpräsidenten einer wöchentlichen Regierungsbefragung anzunehmen. Sie wird dazu beitragen, **noch mehr Transparenz herzustellen und denjenigen das Handwerk zu legen, die**



**mit Falschinformationen versuchen, politisches Kapital aus der Corona-Krise zu schlagen.** Dies ist wichtig, weil unser Erfolg gegen Corona nicht einzig von klugen politischen Entscheidungen abhängt, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und von der Einhaltung der veranlassten Maßnahmen zu überzeugen.

Auch setzen wir uns für die Anhebung und Dynamisierung der 450 Euro Minijob-Grenze ein. Die Mindestlohnkommission hat zum 1. Juli 2022 eine stufenweise Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10,45 Euro festgelegt. Dabei werden auch die Tarifentwicklung der jüngeren Vergangenheit sowie aktuelle Wirtschaftsprognosen berücksichtigt. Die Erhöhung ist richtig, allerdings wirkt sie sich **unmittelbar beschränkend auf die mögliche Arbeitszeit bei geringfügiger Beschäftigung** aus. Denn die Verdienstgrenze für Minijobs wurde letztmals zum 1. Januar 2013 auf 450 Euro pro Monat angehoben. **Ein höherer Mindestlohn bei gleicher Minijob-Grenze führt jedoch dazu, dass geringfügig Beschäftigte immer weniger Stunden pro Monat arbeiten können.** Deshalb fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eine moderate, an der aktuellen Tarif- bzw. Mindestlohnentwicklung orientierte **Anpassung der Verdienstgrenze auf monatlich 600 Euro.** Denn Minijobs sind oftmals ein wichtiges Zusatzeinkommen für Geringverdiener. Gerade in der Corona-Krise ist es jetzt umso dringender, Anpassungen vorzunehmen, da in diesem Bereich große Einschränkungen durch die Folgen der Pandemie zu verzeichnen sind. Schließlich sollen Minijobs als flexible Beschäftigungsform weiterhin sinnvoll genutzt werden können.

Als Erfolg konnten wir diese Woche die **Erhöhung des Biber-schäden-Ausgleichsfonds** verbuchen. Dieser soll ab dem kommenden Jahr **um 100.000 Euro auf 550.000 Euro aufgestockt** werden. So kann die Ausgleichsquote je nach Scha-



denhöhe auf bis zu über 80 Prozent angehoben werden. Das ist der absolut richtige und notwendige Schritt für die Betroffenen. Denn bislang hat die Summe der gemeldeten Schäden pro Jahr deutlich über den 450.000 Euro gelegen, die der Freistaat für die Entschädigung zur Verfügung gestellt hat. **Um langfristig eine höhere Akzeptanz des Bibers bei Landeigentümern und Nutzern zu erreichen, müssen entstandene Schäden zu einem möglichst hohen Anteil ausgeglichen werden können.** Insofern ist dieser Schadensausgleich neben Beratung und Prävention im Bibermanagement sehr wichtig. Je nachdem wie stark die Biber-Population angestiegen ist, dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass Biber in Einzelfällen und bei besonderen Problemsituationen auch entnommen werden können. Ihrer Population wird das nicht schaden. Denn der Biberbestand in Bayern wird derzeit auf über 22.000 Tiere geschätzt. **Die Verbreitung des Nagetiers führt zwangsläufig zu Konflikten mit Grundeigentümern und Landnutzern, bei denen der Biber Schäden verursacht** – zum Beispiel durch das Fällen alter Bäume, Unterhöhlen von Dämmen und Wegen oder der Überflutung von Bächen.

## **SCHLISSUNG VON SKIGEBIETEN – WAS ICH DAVON HALTE**

Kein Thema hat mich diese Woche intensiver beschäftigt, als die Frage, ob und wie es in den Weihnachtsferien mit dem Tourismus und insbesondere dem Skisport im Allgäu weitergehen soll. Hand in Hand mit Touristikern, Hoteliers, Seilbahnunternehmen und unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger habe ich mich in den Tagen vor der Ministerpräsidentenkonferenz um einen sinnvollen Weg bemüht.



Dass dabei von Politikern den anderen 15 Bundesländer keine Hilfe zu erwarten war, kam nicht überraschend. Wer aber als bayerischer Politiker bei Skifahren sofort an infektiöses Après-Ski denkt, springt zu kurz. In bayerischen Skigebieten ist ohne Weiteres ein verantwortungsvoller Skibetrieb mit den von den Betreibern längst ausgearbeiteten Hygiene- und Abstandskonzepten möglich. Die Seilbahnbetreiber haben in den letzten Monaten viel Energie und auch Geld in solche Lösungen investiert. In kleiner Besetzung in einer Gondel, im Freien im Sessellift oder gar im Schlepplift ist die Ansteckungsgefahr ebenso marginal wie auf der Skipiste selbst. Natürlich kann es bei der derzeitigen Infektionslage kein zünftiges Hüttenleben geben. Aber eine flächendeckende Schließung aller Skigebiete wie auch der Übernachtungsbetriebe in den Weihnachtsferien und darüber hinaus wäre eine wirtschaftliche Katastrophe für die Skiregionen im Allgäu und im bayerischen Oberland. Ohne das Weihnachtsgeschäft geraten hier ganze Regionen in eine gefährliche Schieflage.

Aufgrund unseres gemeinsamen Widerstandes wird inzwischen versucht, die Skigebiete in den Weihnachtsferien europaweit zu schließen. Nach jetzigem Stand wird das zumindest an der Schweiz und an Österreich scheitern. Wenn nur dort Pistensport möglich ist, bedeutet das nicht nur eine weitere Benachteiligung unserer Tourismuswirtschaft, sondern auch ein weit höheres Infektionsrisiko bei Rückkehrern aus den Nachbarländern. Denn die Menschen werden Wege finden, dort ihrem Sport nachzugehen – trotz Androhung von Quarantäne.

## IMPRESSUM

**ALEXANDER HOLD** (v.i.Sd.P.)    Telefon 0831 9909 3001  
Salzstraße 12    alexander.hold@fw-landtag.de  
87435 Kempten    www.alexander-hold.de

## NEUE SPARTE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE AM LANDESTHEATER SCHWABEN

Ein deutliches Zeichen in schwierigen Zeiten: Wir vergessen die Kultur nicht! Denn wir wissen, wie wichtig das Theatererlebnis und der Beitrag des Theaters zur Wertebildung unserer Kinder und Jugendlichen ist! Dementsprechend habe ich als Mitglied der Zweckverbandsversammlung des Landestheaters Schwaben dafür gestimmt, eine neue Sparte für Kinder und Jugendliche am Landestheater Schwaben einzuführen.

Mein Dank geht an dieser Stelle an die Intendantin Kathrin Mädler für die hervorragende Arbeit mit ihrem Team. Ich freue mich sehr, dass wir eine »Junge Sparte« im Landestheater Schwaben auf den Weg bringen können. Mit einem kleinen, eigenständigen Team wird die neue Sparte »Junges Theater« das Kultur- und Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche im Spielgebiet des Theaters intensivieren. Das wird nicht nur dem Spielort Memmingen zugutekommen. Das junge Theater freut sich auf möglichst viele Gastspiele in der Region! Wenn Sie also in einer der Verbandsgemeinden des Landestheaters Schwaben Theater für Kinder und Jugendliche anbieten wollen, kontaktieren Sie einfach das LTS für Ihre Gastspiele ab 2021!

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!**

## SCHÖNE ADVENTSZEIT!

In diesem Jahr müssen wir auf Vieles verzichten. Auch in der Advents- und Weihnachtszeit. Und trotzdem, die Adventszeit ist und bleibt etwas ganz Besonderes und dieses Gefühl sollten wir uns auch nicht nehmen lassen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen schönen 1. Advent.